



Presseaussendung 20.1.2015

Drohende Entsolidarisierung der Gesellschaft durch ungenügende Absicherung gegen Armut

Berufsverband für Soziale Arbeit ruft zu Solidarität für alle auf

Der Österreichische Berufsverband der Sozialen Arbeit spricht sich gegen alle Versuche aus, die Mindeststandards für die soziale Sicherheit in Österreich zu senken. Die Richtsätze für die bedarfsorientierte Mindestsicherung liegen ohnehin schon deutlich unter der Armutsgrenze. Jede weitere Verschlechterung führt zu einer Verfestigung der Armutgefährdung für diese Personengruppe. Das ist aus Studien und aus den Erfahrungen mit Hartz IV in Deutschland klar zu erkennen.

Und wenn es um darum geht, Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren, die wegen Krieg und Verfolgung zu uns geflüchtet sind, so ist die Idee einer geringeren Mindestsicherung gerade der falsche Beitrag. Damit fördert eine Gesellschaft die Desintegration und die Bildung von einer dauerhaft enttäuschten und neuerlich traumatisierten Gruppe.

In dieselbe gefährliche Richtung führt auch eine Begrenzung der Mindestsicherung auf einen bestimmten Betrag. Damit werden vorrangig die Kinder in diesen Familien um ihre Existenzsicherung gebracht. Bereits jetzt leben 124.000 Kinder in Österreich in manifester Armut.

Zu den zentralen Werten einer modernen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft gehören die Einhaltung der Menschenrechte und die Solidarität für alle, die hier leben.